

DPolG im Gespräch mit der CDU



Anfang September waren der Hamburger Landesvorsitzende der CDU und Fraktionschef der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Dennis Thering, sowie der innenpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, MdHB Dennis Gladiator, zu einem Informations- und Meinungsaustausch zu Gast in der Geschäftsstelle der **DPolG Hamburg**. Landesvorsitzender Thomas Jungfer konnte die Abgeordneten zum wiederholten Male in unserer Landesgeschäftsstelle begrüßen. Am gut einstündigen Gespräch nahmen des Weiteren die stellvertretenden Landesvorsitzenden Ronald Helmer und Andreas Reimers sowie Beate Petrou als Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung teil. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Haushaltsberatungen in der Hamburger Bürgerschaft und der vom rot-grünen Senat beabsichtigten Sparmaßnahmen betonte Thomas Jungfer die Relevanz, auch mit der parlamentarischen Opposition im Dialog zu bleiben. Beide Seiten waren sich einig, dass die beschlossene Abschaffung der Hubschrauber- und Reiterstaffel als bewährte Einsatzmittel ein Fehler sei. Die Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden sowie die Abschaffung des AZV-Tages sieht die CDU in Anbetracht der Haushaltslage ebenfalls kritisch, jedoch als kleineres Übel zu möglichen Alternativen.

Beim Thema amtsangemessene Alimentation vertraten Dennis Thering und Dennis Gladiator die Auffassung, dass auch die Versorgungsempfänger bei den beabsichtigten finanziellen Angleichungsmaßnahmen des Senats berücksichtigt werden müssen. Beide betonten, dass eine rechtssichere, amtsangemessene Alimentation neben einer an den Erfordernissen ausgerichteten Ausstattung unerlässlich sei, um die Attraktivität des Arbeitgebers Polizei Hamburg und solide Arbeitsbedingungen für die Polizeibeschäftigten zu schaffen und zukunftsfest zu erhalten. Beate Petrou verdeutlichte, dass die gegenwärtige Nachbesetzungssperre und die dadurch entstehende Stellenvakanz in der Verwaltung zu einem Anstieg der Überlastungsanzeigen und zugleich zur Verwendung von Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges in der Verwal-

tung führen. Unsere Fachbereichsvorsitzende stellte weiterhin klar, dass die geplante Nichtnachbesetzung von rund 210 Stellen in der Polizeiverwaltung gravierende Folgen für die gesamte Polizei haben wird. Die dadurch entstehenden Lücken werden die Belastung in der Verwaltung weiter erhöhen, zu zusätzlichen Überlastungsanzeigen führen und zwangsläufig auch dazu, dass erneut Vollzugskräfte für Verwaltungsaufgaben eingesetzt werden müssen. Digitalisierung und KI können unterstützen, die vielfältigen und verantwortungsvollen Aufgaben einer funktionierenden Polizeiverwaltung aber keinesfalls ersetzen. Weitere Themen waren die mögliche Versorgung betroffener Kolleginnen und Kollegen nach erlittenen Dienstunfällen sowie die Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen durch die Stadt Hamburg analog zu einer Ombudsstelle in Baden-Württemberg. Einigkeit bestand darin, dass die **DPolG** den Druck auf den Senat auf der Straße, die CDU als Oppositionspartei in den politischen Gremien aufrechterhalten werden. Ein weiteres Treffen wurde von beiden Seiten für den November dieses Jahres avisiert. Wir werden weiter berichten.

Der Landesvorstand



Im Gespräch: Ronald Helmer, Beate Petrou, Andreas Reimers, Landesvorsitzender Thomas Jungfer, MdHB Dennis Gladiator und CDU-Fraktionschef MdHB Dennis Thering (von links)

IMPRESSUM

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel.: 040.482800
Fax: 040.25402610
Mobil: 0175.3644284
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel.: 040.254026-0
Fax: 040.254026-10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de

Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: DPolG Hamburg,
Ivonne Kussmann, Frank Riebow

ISSN 0723-2230





Im Rathaus sind die Räuber!

Protest gegen die Sparmaßnahmen des Senats – völlig ungeniert greift Rot-Grün in das Portemonnaie unserer Kolleginnen und Kollegen

© Frank Kiebow (11)

Kundgebung und Mahnwache: Der vom Senat vorgelegte Entwurf zum Doppelhaushalt 2027/28 bedeutet für unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ganz konkret eine Gehaltskürzung ab dem 1. Januar kommenden Jahres. Dazu kommen Stellenstreichungen und die Nichtbesetzung offener Stellen. Die Schwächung der Polizeiverwaltung und die Reduzierung des Tarifbereiches sind ein folgenreicher Irrweg. Die Auswirkungen werden den Polizeivollzug

und somit die innere Sicherheit spürbar schwächen. Die angekündigte Arbeitszeiterhöhung auf 41 Wochenstunden für Hamburgs Landesbeamtinnen und -beamte ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Sparen, bis die „Schwarte kracht“, und den „Gürtel enger schnallen“ wurden vom Ersten Bürgermeister, Dr. Peter Tschentscher, und seinem obersten Kassenwart, Finanzsenator Dr. Andreas Dressel, als Marschroute für den Doppelhaushalt 2027/28 ausgegeben. Wir haben unseren Protest auf die Straße gebracht und

DPolG, BDK und GdP protestieren gemeinsam gegen die Sparpolitik des Senats.





Stefan Bereuter, CDU-Bürger-
schaftsabgeordneter, Kollege
und Gewerkschafter (links), un-
terstützt den Protest seiner
DPolG.



laut und deutlich gezeigt, was wir von den Sparmaßnahmen halten! Dazu Landesvorsitzender Thomas Jungfer: „Personalnot, Überstunden und Mehrarbeit bilden den negativen Dreiklang vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Arbeits- und Einsatzbelastung für alle Polizeibeschäftigten, egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt. Selbstverständlichkeiten – wie das Nachbesetzen frei gewordener Stellen durch Ruhestand – werden plötzlich infrage gestellt. Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne finanziellen Ausgleich ist politisch organisierter Diebstahl – was denn sonst? Seit vielen Jahren werden Hamburgs Beamtinnen und Beamte verfassungswidrig zu niedrig bezahlt. Das will der Senat jetzt mit Almosen heilen – was für eine Schäbigkeit! Hamburgs Polizistinnen und Polizisten bleiben nicht still, ganz im Gegenteil. Wir wehren uns, denn im Rathaus sind die Räuber!“

Der Landesvorstand



Wir an deiner Seite – die Personalräte der *Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Hamburg*

Die diesjährige Personalratswahl hat der **DPoIG Hamburg** erneut einen überzeugenden Wahlerfolg beschert. Insgesamt 14 Kolleginnen und Kollegen hat die **DPoIG** in das 25-köpfige Personalratsplenum der Polizei entsandt. Damit hat unsere Gewerkschaft ihre absolute Mehrheit an Sitzen gehalten. Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Stimme und das in uns gesetzte Vertrauen bedanken. Auch in der aktuellen Wahlperiode werden wir die Interessen aller Polizeibeschäftigten mit Engagement und Kompetenz gegenüber dem Hamburger Senat und der Polizeiführung vertreten. Immer dann, wenn die Zeiten rauer werden und an der Polizei gespart werden soll, kommt es in besonderer Weise auf eine erfahrene Interessenvertretung und den Schulterschluss aller Polizeigewerkschaften an.

Der Landesvorstand



Ronald Helmer, Personalratsvorsitzender, stellvertretender Landesvorsitzender

© DPoIG Hamburg (15)



Beate Petrou, stellvertretende Personalratsvorsitzende, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung



Thomas Jungfer, freigestellter Personalrat, Personalratsvorstand, Landesvorsitzender, stellvertretender Bundesvorsitzender **DPoIG**



Nicholas Kriegk, freigestellter Personalrat, Erster stellvertretender Landesvorsitzender, stellvertretender Landesbundvorsitzender dbb Hamburg



Andreas Reimer, freigestellter Personalrat, stellvertretender Landesvorsitzender



Marc-Ulrich Schipper, freigestellter Personalrat, stellvertretender Landesvorsitzender



Andreas Dubsky, freigestellter Personalrat, Personalratsvorstand, Vorsitzender Fachbereich Schutzpolizei



Heiko Valerius,
freigestellter Personalrat,
Vorsitzender Fachbereich
Wasserschutzpolizei



Martin Dumpich,
freigestellter Personalrat



Fabian Rockhausen,
freigestellter Personalrat,
Personalratsvorstand



Martin Schütt,
freigestellter Personalrat



Sebastian Lewandowski,
freigestellter Personalrat



Stephanie Weiland,
freigestellte Personalrätin



Christoph Sietz, Personalrat,
Landesjugendleiter
JUNGE POLIZEI



„Aktion Pfötchen“: Kronkorken bei der Bundeswehr abgegeben

Im Polizeispiegel September 2025 berichtete die **DPoIG Hamburg** über die „Aktion Pfötchen“ – Kronkorken für die Ausbildung von Assistenz- und Therapiehunden. Mit dem Sammeln von Kronkorken und anderen Metallverschlüssen und der Abgabe bei der Bundeswehr werden im Einsatz traumatisierte Bundeswehrangehörige unterstützt. Der erzielte Erlös der Metallverschlüsse bei einem Altmetallverwerter kommt dem Soldatenhilfswerk zugute, welches die kostenintensive Ausbildung von Assistenz- und Therapiehunden für belastete und erkrankte Bundeswehrangehörige finanziell unterstützt. Mit einer Tonne Kronkorken werden circa 150 bis 200 Euro erzielt, die Ausbildung eines Assistenz- und Therapiehundes kostet bis zu 30.000 Euro. Ende Juni hat der stellvertretende **DPoIG**-Landesvorsitzende Ronald Helmer privat, aber auch in der **DPoIG**-Geschäftsstelle gesammelte Kronkorken mit einem Gesamtgewicht von circa 75 Kilogramm in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg an den Ansprechpartner, Oberstabsgefreiter Lund, abgegeben. In Hamburg wurden im Jahr 2025 gut neun Tonnen Kronkorken bei der Bundeswehr für die „Aktion Pfötchen“ gesammelt, im gesamten Bundesgebiet waren es im Jahr 2024 über 100 Tonnen. Seit dem Beginn der „Aktion Pfötchen“ im Jahr 2019 konnten über 200.000 Euro Erlös und die Ausbildung von fünf Assistenz- und Therapiehunden finanziell unterstützt werden. Die Abgabe von Metallverschlüssen zugunsten der „Aktion Pfötchen“ ist bei der Bundeswehr deutschlandweit möglich. Ronny, vielen Dank für dein Engagement. Wer sammeln und helfen will: Nähere Informationen erhält man auf der Homepage www.kronkorken-fuer-therapiehunde.de.



+++ TERMINE +++

Einladung zum Seniorentreff

Die **DPoIG Hamburg** lädt wieder zum Seniorentreff ein. Wer als Seniorin oder Senior Interesse an relevanten Themen wie Rente, Pension, Gesundheitsversorgung oder Rechtsschutzangelegenheiten hat, ist herzlich willkommen. Wir werden uns ausreichend Zeit nehmen und in angenehmer Atmosphäre informieren, diskutieren und eure Fragen aufnehmen – wir freuen uns auf euch. Für das leibliche Wohl wird selbstverständlich gesorgt.

- **Seniorentreff: Mittwoch, 21. Oktober 2026, um 14 Uhr in der DPoIG-Geschäftsstelle, Holzdamm 18 (Nähe Hauptbahnhof)**

Bitte meldet euch telefonisch in der Geschäftsstelle unter Tel.: 040.2540260, via E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de oder per Whatsapp in der **DPoIG-Senioren-Gruppe** an!

Seminar: Vorbereitung auf den Ruhestand

Am 28. Oktober 2026 und am 12. Februar 2027 (**DPoIG-Geschäftsstelle**) – jeweils von 9 bis 16 Uhr – finden weitere Ruhestandsseminare statt. Die **DPoIG Hamburg** lädt alle interessierten verbeamteten Kolleginnen und Kollegen, die in naher Zukunft ihren aktiven Polizeivollzugsdienst beenden und in den wohlverdienten Ruhestand gehen und Mitglied der **DPoIG** sind, zu einem Tagesseminar ein. Wir wollen mit und für euch wichtige Fragen rund um eure bevorstehende Pensionierung besprechen und Hinweise geben.

Anmeldungen über die **DPoIG-Geschäftsstelle**.

> Terminhinweis – Save the date

Personalversammlung 2026

Die diesjährige Personalversammlung der Polizei findet am Donnerstag, dem 26. November 2026, um 9 Uhr (Einlass: 8 Uhr), in der Insempark Arena Wilhelmsburg statt.

Der Präses der Behörde für Inneres und Sport (BIS), Senator Andy Grote (SPD), wurde zur Veranstaltung eingeladen.





Sozial- und Bildungswerk der DPoIG Hamburg im dbb

Holzdammm 18 • 20099 Hamburg • Telefon: 040.2540260 • Fax: 040.25402610



VON AYLA YEGINER NACH
GERDT VON BASSEWITZ

Weihnachtsmärchen 2026 Peterchens Mondfahrt

im Ernst Deutsch Theater

Sonntag, 6. Dezember 2026, 13.30 Uhr

Preise: 8 bis 12 Euro pro Person

(inklusive Garderobe/Weihnachtstüte/Weihnachtsmann)

Kartenreservierung und Kartenverkauf
in der Geschäftsstelle der **DPoIG Hamburg**, Telefon: 040.2540260

Gerne auch per E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de

**JETZT
TICKETS
SICHERN**



Polizeibeamte aus dem Beamtenverhältnis entfernt



Die Landesdisziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf hat mit Urteilen vom Mai dieses Jahres zwei Polizeibeamte des Polizeipräsidiums Essen aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Das Landgericht Duisburg hatte beide Polizeibeamte im Jahr 2023 wegen Strafvereitelung im Amt durch Unterlassen rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten auf Bewährung verurteilt.

Beide Beamte wussten als Dienstgruppenleiter von einer durch einen nachgeordneten Beamten begangenen Körperverletzung im Amt und hatten es entgegen der gesetzlichen Verpflichtung unterlassen, die zur strafrechtlichen Verfolgung der Körperverletzung erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen. Stattdessen wahrten sie einvernehmlich Stillschweigen.

Sie nahmen hierdurch bewusst in Kauf, dass die Körperverletzung im Amt nicht verfolgt und das Opfer zu Unrecht einer Strafverfolgung wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ausgesetzt wurde. Die Polizeibeamten haben das Vertrauen des Dienstherrn und der Allgemeinheit verloren und sind im öffentlichen Dienst nicht mehr tragbar.

Die Strafvereitelung im Amt stellt ein schweres Dienstvergehen dar, weil die Beamten dadurch der Achtung und dem Vertrauen, die ihr Beruf erfordert, nicht gerecht geworden sind. Eine solche Straftat ist geeignet, das Vertrauen in die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der Beamtenschaft und damit in die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und auch in die rechtsstaatliche Durchführung von Strafverfahren massiv zu beeinträchtigen. Es gehört zu den originären Aufgaben von Polizeibeamten, begangene Straftaten zu verfolgen. Hiermit ist es unvereinbar, als Polizeibeamter selbst eine Straftat zu begehen. Dies wiegt besonders schwer, wenn die Straftat dazu dient, eine durch einen anderen Polizeibeamten begangene Straftat zu verschleiern, zu decken und hierdurch die Strafverfolgung zu vereiteln.

Gegen die Urteile ist Berufung beim OVG Münster möglich.
Az.: 35 K 11301/25.O und 35 K 11303/25.O

Social Media

Instagram-Fundstück



„Zitiert“



„Die Besoldung wird nicht nach politischer Stimmung festgelegt, sondern nach Recht und Gesetz. Das Bundesverfassungsgericht hat klare Vorgaben gemacht, mit dem Ergebnis, dass die Besoldung angepasst werden muss. Das sind keine Geschenke für Beamte, sondern der Staat muss seine eigenen verfassungsrechtlichen Verpflichtungen erfüllen.“

Reinhold Jost (SPD), Innenminister Saarland